

5.6. JUNI 1965

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/120

Bonn, den 28. Juni 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

Landtagswahl im Saarland

49

SPD weiter auf ansteigender Linie - CDU nur Kopf an Kopf

2 - 2a

Sozialdemokratie und Nation

97

Standortbestimmung - praktisches Nationalbewußtsein,
verantwortungsbewußtes Handeln

3 - 4

Eigenartige "Entwicklungshilfe"

76

Kommunistische Aktivitäten in Südamerika

Von Helmut F. Bärwald

5 - 6

Erziehungs- und Bildungsprobleme in Israel

95

Israels Jugend soll zueinander finden

Von Gad Redlich, Jerusalem

+ + +

Landtagswahl im Saarland

SPD weiter auf ansteigender Linie - CDU nur Kopf an Kopf

sp - Aus der Landtagswahl im Saarland ist die SPD im Vergleich zu allen früheren Wahlen in diesem Gebiet als einzige Partei mit einem beachtlichen Stimmenzuwachs hervorgegangen. Sie nahm hier seit der letzten Bundestagswahl 48 000 Stimmen zu, während die CDU 30 000 und die FDP 25 000 verloren. Seit der Landtagswahl im Jahre 1960 hat die SPD sogar 82 000 Stimmen mehr auf ihr Konto verbuchen können.

Im Landtag verbesserte die SPD ihre Position von bisher 16 auf 21, die CDU von bisher 19 auf 23 Mandate. Die FDP ging von 7 auf 4 Mandate zurück und die SVL/CVP von 6 auf 2 Mandate. Die DIU konnte die Fünf-Prozent-Klausel nicht überspringen; sie wird infolgedessen nicht mehr im Landtag vertreten sein.

In Prozenten ausgedrückt, verfügt die CDU jetzt über 42,7 Prozent, die SPD über 40,7, die FDP über 8,3 und die CVP über 5,2 Prozent der Stimmen.

Sogar im Vergleich zu den vor drei Monaten stattgefundenen Kommunalwahlen, bei denen sich die SPD als stärkste Wählerpartei erwies, konnten die Sozialdemokraten im Saarland noch einmal 10 000 Stimmen dazu gewinnen. Insgesamt liegt die SPD mit 241 334 Stimmen nur um 12 179 Stimmen hinter der CDU.

Für das Saarland mit seiner zu 75 Prozent katholischen Bevölkerung und dem einzigen Bundesland, in dem die nicht den IGB angehörenden, aber von der CDU stark beeinflussten Gewerkschaften noch einen relativen Einfluß, besonders in der Bergarbeiterschaft, haben, ist dieses Ergebnis für die SPD hervorragend. Die CDU hatte im Saarland nicht nur eine Materialschlacht von außerordentlicher Stärke geführt, sondern auch ihr ganzes Prestige als Honorar Regierungspartei mit dem Bundeskanzler Erhard und dem Parteivorsitzenden Konrad Adenauer an der Spitze eingesetzt. Ihr Ziel war es, die absolute Mehrheit zu erreichen, um nicht nur die SPD auf die Oppositionsbänke verweisen zu können, sondern um auch den anderen Parteien, vornehmlich der FDP, die Möglichkeit zu nehmen, wieder einmal das berühmte Zünglein an der Waage zu spielen. Daher der große Einsatz von Bundesprominenz und der Versuch, mit einer Flut von Plakaten und Flugblättern alle übrigen Parteien auszustechen. Das ist der CDU nicht gelungen. Die Wähler im Saarland haben, besonders in den Städten und in den großen Arbeitergemeinden, die penetrante CDU-Werbung nur insofern honoriert, als sie der Bonner Regierungspartei einen sehr knapp bemessenen Vorsprung vor der SPD einräumten.

Vergleicht man das Wahlergebnis an der Saar mit Kommunal- und Landtagswahlen in anderen Bundesländern, dann zeigt sich, daß die solide und systematische Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie trotz aller Materialschlachten ihrer Gegner Früchte trägt. Was besonders im Saarland niemand erwartet hätte, hat sich bestätigt: Je näher die Bundestagswahl rückt, desto größer werden die Chancen der SPD, in einem Kopf-an-Kopf-Rennen auch die bisherigen CDU-Festungen erschüttern zu können.

Besonders bemerkenswert ist jedoch der kontinuierliche Aufstieg der SPD. Der Wähler honoriert in zunehmendem Maße die Qualität und läßt sich weder durch konfessionelle Einflüsse noch durch spektakuläres Auftreten einer durch den Machtapparat von Landes- und Bundesregierung gestützten Propaganda kaum noch beeinflussen.

Sozialdemokratie und Nation

Standortbestimmung - praktisches Nationalbewußtsein,
verantwortungsbewußtes Handeln

sp - Bad Godesberg

Der große Saal der Godesberger Stadthalle war schon oft in der Nachkriegszeit die Stätte bedeutsamer politischer Willenskundgebungen der Deutschen Sozialdemokratie. In ihm vollzog sich die Verabschiedung jenes Programms, das den Namen dieser Stadt trägt und das der Sozialdemokratie ihr modernes, dem letzten Drittel dieses Jahrhunderts zugewandtes Antlitz gibt. Diesmal, am vergangenen Wochenende, kamen führende Frauen und Männer aus aller Landsmannschaften heimatvertriebener Deutscher zusammen und autorisierte Sprecher der Kriegsversehrten und Heimkehrer, die - wie Herbert Wehner in seiner Einleitungsrede sagte - "die brennenden Fragen unseres Volkes oft mit brennendem Herzen verfolgten, auch dann, wenn sie nicht gerade mit demselben Eifer von den eigentlich dazu Berufenen gehandhabt werden."

Hinorafer der Veranstalter war der Vorstand der SPD, und das Thema "Sozialdemokratie und Nation" konnte von vornherein größter Aufmerksamkeit gewiß sein. Die Namen der Hauptredner, Willy Brandt, Regierender von Berlin, und Vorsitzender der SPD, und Wenzel Jaksch, Präsident des Bundes der Vertriebenen, gaben die Garantie für eine von hoher Warte aus gegebene Sicht. Beide Männer sind keine Theoretiker; sie stehen mitten in der Politik, in die sie das leidenschaftliche Verlangen nach mehr Gerechtigkeit und Freiheit und der Abscheu vor jeder totalitären Gewalt hineingeführt hat. Im Wirken beider Männer spiegelt sich das Schicksal unseres Volkes in den letzten 30 Jahren. Beide handelten und handeln als gute Demokraten und gute Patrioten.

Heute gilt die Sozialdemokratie nicht mehr als Außenseiter der Nation. Sie war es niemals gewesen. Die konservativen, rückwärtsge wandten, vor keinem demokratischen Hauch berührter Kräfte, versuchten sie mit diesem Makel abzustempeln, sie glaubten, das "Nationale" allein gepachtet zu haben. Doch diese angemaßte Pacht verwalteten sie in einer Weise, die Deutschland zweimal in einer Generation in Konflikt mit der ganzen Welt brachte. In der äußersten Stunde der Not mußten Sozialdemokraten in die Bresche springen. Sie haben sich auch niemals diesem Gebot entzogen, obwohl es ihnen oft keinen Dienst einbrachte. Das Wort von "waterlandslosen Gesellen" und von den "November-Verbrechern" hat viel Unheil in unserem Volk angestiftet, das Denken ganzer Generationen vergiftet, unheilbare Parteienserklüftungen heraufbeschworen und die deutsche Demokratie in der Weimarer Republik tödlich getroffen. Ein pervertiertes Nationalbewußtsein war die Folge. Heute gilt es, der Nation dabei zu helfen, ihr Selbstverständnis in unserer heutigen Zeit zu finden. Die Deutsche Sozialdemokratie bringt hierfür die besten Voraussetzungen mit. Sie wirkt im und für das Volk und entzieht sich nicht der Mitverantwortung für das Schicksal der Nation.

Die Tagung in Bad Godesberg war ein Wagnis. Sie stand unter dem Leitmotiv, getreu dem sozialdemokratischen Vorsatz, "initiativ zu sein in Fragen, aus denen sie, die Sozialdemokratie, nicht Honig für ihr Parteitöpfchen einheimsen will, sondern von denen sie weiß, daß sie für unser ganzes Volk lebenswichtig sind" - so Herbert Wehner.

Die Hauptreden und die Diskussionsbeiträge werden gewiß Wort für Wort von den Kommunisten daraufhin geprüft werden, ob sie sich als Waffen gegen das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen gebrauchen ließen. Zwanzig Jahre nach dem Kriege gilt der freie Teil Deutschlands, gilt die neue deutsche Demokratie in den Augen der Kommunisten als ein Herd des Revanchismus, als ein angriffslustiger Staat, der mit Gewalt durchsetzen will, worauf er Anspruch hat: wieder ein Volk unter einem Dache zu sein, wieder zusammenzufügen, was andere willkürlich auseinandergerissen haben. Die Kommunisten, ganz gleich, in welchen Gewände sie auftreten und welche Schlagworte sie auch immer verwenden, stehen hier auf verlorenem Posten, sie handeln wider den Geist unserer Zeit und auch gegen die tiefste Sehnsucht der von ihnen beherrschten Völker. Volk drängt heute zu Volk und die Völker wiederum zu größeren Gemeinschaften, in denen sie allein, bei Bewahrung der eigenen Individualität, Frieden und Sicherheit finden können.

In wirksamer Solidarität hat sich ein Volk zu bewähren. Wir Deutschen würden vor der Geschichte nicht bestehen, ließen wir den Solidaritätsgedanken verkümmern und würden wir uns der Rechte jener nicht annehmen, die ihre Rechte nicht selbst wahrnehmen können, da sie daran gehindert sind. Zur Vorbereitung einer künftigen Friedensregelung gehört eben das unermüdliche Eintreten für die Menschenrechte der deutschen Bevölkerungsteile, die in den Vertreibungsgebieten gegen ihren Willen zurückgehalten werden. Und das betrifft viele Hunderttausende. Sollen sie allein die schwerste Last eines verlorenen Krieges tragen? Sollen sie allein, sollen sie Menschen ohne Volk bleiben?

Die Bad Godesberger Tagung gab einer künftigen sozialdemokratisch geführten Bundesregierung eine Fülle wertvoller von humanitären Geist inspirierter Anregungen auf dem Weg. Der Gedanke, für die Familienzusammenführung und Freizügigkeit umsiedlungswilliger Deutscher einen Bundesbeauftragten einzusetzen, fiel auf fruchtbaren Boden.

Doch nicht allein darin liegt der Wert dieser Tagung. Sie zeigte, daß sich Vertriebene, Flüchtlinge und Einheimische nicht auseinanderdividieren lassen. Sie offenbarte den ungebrochenen Zusammenhalt unseres Volkes und den Willen, den Dialog mit der Nationalitätenpolitik des Ostens im Geiste des Rechts, der Selbstbestimmung und der Versöhnung neu aufzunehmen. Die Aufgabe der Sozialdemokratie wäre es, so drückte es der Präsident des Bundes der Vertriebenen aus, "zuerst in geistiger Raum und dann in der politischen Arena die Überzeugung durchzukämpfen, daß ein humaner Sozialismus die Herrschaft der Menschenrechte bedeutet, die ungehemmte Entfaltung auch der kleineren Völker und Volksgruppen und die Partnerschaft gleichberechtigter Nationen in einer Welt des Friedens und der geordneten Freiheit".

Für die Sozialdemokratie ist dieser Appell nicht neu. Seine Verwirklichung gehört zum Bestandteil sozialdemokratischer Deutschland- und Europapolitik, und sie setzt darin ihre ganze Kraft ein, um soviel wie möglich von Deutschland für die Deutschen zu retten.

Eigenartige "Entwicklungshilfe"

Kommunistische Aktivitäten in Südamerika

Von Helmut Dr. Bärwald

Der chinesische Ministerpräsident Tschou En-lai sagte es während seines Pfingstbesuches in dem afrikanischen Staat Tansania unverblümt, auch in Lateinamerika seien, wie in Asien und Afrika, die Voraussetzungen für Revolutionen außerordentlich günstig. Doch Tschou En-lai sagte nicht alles. Er vergaß zu erwähnen, daß die Kommunisten - so auch das kommunistische China - solchen Revolutionen, wo auch immer sie ausbrechen mögen, nicht nur wohlwollend und abwartend aus den Kulissen der weltpolitischen Bühne zuschauen. Der chinesische Ministerpräsident verschwieg, daß die Kommunisten, ob Moskauer oder Pekingener Provenienz, ihre Finger bei den meisten Revolutionen oder Revolten in Asien, Afrika oder Lateinamerika im Spiele haben. Er verschwieg, daß Moskau da und Peking dort kräftig mitmachen und versuchen, auf den Schleichpfaden versteckter Infiltration und verdeckten Guerillakampfes Einfluß und Macht zu gewinnen.

Gehaimkonferenz

Die von den Kommunisten gelegten Zeitbomben sind in vielen südamerikanischen Ländern zu finden. Verfolgt man, von den Worten Tschou En-lais in Tansania ausgehend, die Spuren zurück, dann stößt man unter anderem auf eine Geheimkonferenz kommunistischer Parteien Lateinamerikas im November des vergangenen Jahres. In dem Kommuniqué dieser kommunistischen Generalstabsbesprechung werden sechs südamerikanische Länder angeführt, in denen die als "Friederickämpfer" bezeichneten kommunistischen Guerillas eine besonders aktive Unterstützung erhalten sollen.

KP-Kuriere in Venezuela...

An der Spitze dieser Liste von Ländern, in denen die Kommunisten auf dem südamerikanischen Subkontinent in der ersten Phase ihrer Eroberungspläne Lunte an versteckte Pulverfässer legen wollen, steht Venezuela. In Venezuela, an der Nordflanke Südamerikas gelegen, war es auch, wo vor etlichen Wochen einige der Schleichpfade entdeckt wurden, auf denen Moskau oder Peking Menschen, Material und Geld zur Unterstützung einheimischer kommunistischer Zellen einschmuggeln.

...mit 300 000 Dollar

Die Polizei Venezuelas verhaftete drei Kuriere - zwei Frauen und einen Mann - in deren Händen sich zusammen über

300.000 Dollar in Hundertdollarnoten befanden. Eine der beiden Frauen, Tochter jugoslawischer Eltern, ist argentinische Staatsbürgerin und mit einem venezuelischen Rechtsanwalt verheiratet, der als fanatischer Kommunist und Funktionär der KP Venezuelas bekannt ist.

Die beiden anderen Kurierere wurden auf dem Flugplatz von Caracas kurz nach ihrer Ankunft in Venezuela verhaftet: Ein bekannter Mailänder Arzt und prominentes Mitglied der Kommunistischen Partei Italiens sowie KP-Stadtverordneter in Mailand, und dessen 22-jährige spanische Begleiterin. Der Paß dieser jungen Frau enthält Hinweise auf Reisen in die Tschechoslowakei und in die Sowjetzone.

Inzwischen wurden die Verhafteten als in Venezuela unerwünschte Ausländer abgeschoben. Die beschlagnahmten 300.000 Dollar, die in die Hände kommunistischer Guerillas gelangen sollten, wurden einem Fonds zugeführt, aus dem die Opfer kommunistischer Terrorakte unterstützt werden.

KP Italiens "mischt" mit...

Auf den ersten Blick mag diese Geschichte wie ein Roman erscheinen, in dem geheimnisumwitterte Frauen, Sex und Romantik eine Rolle spielen. Doch das scheinbar Romanhafte kann die Tatsachen nicht verbergen, die nach den Erklärungen des chinesischen Ministerpräsidenten in Peking eine besondere Bedeutung bekommen: Drei kommunistische Kurierere - drei von wievielen? - wurden in Venezuela mit über einer Viertel Million harter Dollars in den Händen verhaftet. Die Spuren führen zur Kommunistischen Partei Italiens und zu deren Auslandsbüro.

...aber das Geld aus Moskau und Peking

Da kaum anzunehmen ist, daß der in Venezuela sichergestellte Geldbetrag von der italienischen KP stammt, kann unterstellt werden - und viele Informationen aus Lateinamerika bestätigen diese Annahme - daß die KP Italiens eine wichtige Hilfstuppe bei weltweiten kommunistischen Unternehmungen ist. Die eigentlichen Drahtzieher und Geldgeber sind in Moskau und Peking zu suchen.

Die italienischen Kommunisten machen sich damit zur Handlanger der in Moskau und Peking entwickelten Strategie, auch in Lateinamerika Ansätze einer demokratischen Entwicklung zu stören und zugunsten kommunistischer Machteroberung zu manipulieren. Dabei wird immer wieder versucht, geschickt und rücksichtslos die für uns oft unvorstellbaren Schwierigkeiten in politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereichen auszunutzen, mit denen diese Länder in Südamerika ebenso wie in Afrika und Asien konfrontiert sind.

Erziehungs- und Bildungsprobleme in Israel

Israels Jugend soll zueinander finden

Von Gaa Redlich, Jerusalem

Israel zählt heute nicht nur in der Politik, sondern auch im eigenen Alltagsleben mit großer Selbstverständlichkeit zu den westlich orientierten Ländern. Diejenigen seiner Bewohner, die den Begriff des Pionierstaates prägten, mit dem Bewußtsein eines politischen Zionismus kamen, wurden fast ausschließlich in Europa oder Nordamerika erzogen. Jüngeren Datums ist dagegen die Welle der Einwanderer, deren Vorfahren seit Generationen in Asien oder Afrika ansässig waren. Viele von ihnen kamen als Analphabeten, denen der Aufstieg in sogenannte "bessere Berufe" ebenso versagt blieb, wie das Verstehen eines fremden Kulturkreises, in dem Begriffe wie "Zeitalter der Aufklärung", "Industrialisierung" und "Sozialpolitik" geläufig sind. Da bei den Älteren von ihnen ein hundertprozentiges Einfindern in das Leben des 20. Jahrhunderts, ein Herauskommen aus ihren Stadtvierteln mit orientalischen Paratupfen nur in den seltensten Fällen möglich ist, müssen diese Schritte von ihren Kindern unternommen werden, was nicht nur in den einzelnen Familien zu Spannungen führt, sondern auch den Staat vor in anderen Ländern unbekannte Aufgaben stellt.

Das vom früheren Ministerpräsidenten David Ben Gurion geprägte Wort von der "Vermengung des Galut", dem möglichst raschen Verschmelzen der aus über siebzig Ländern eingewanderten Juden, wurde von ihm selbst bald geändert. Er nannte es bald "Vergrößerung der Bildung", womit aber letzten Endes nur eine realere Formulierung der Forderung nach der notwendigen Verschmelzung gemeint war. Wie soll der Sohn von Eltern aus Frankfurt, London oder Prag an eine Heirat mit einem Mädchen aus Nordafrika überhaupt denken, wenn auf beiden Seiten nicht eine zumindest ähnliche Bildung vorhanden ist? Fragen dieser Art brachten es mit sich, daß heute Schulfragen und Erziehung hinter der nationalen Sicherheit an zweiter Stelle stehen.

Mit Geld ist es dabei jedoch nicht getan. Gemeinsames Brücken einer Schulbank bedeutet noch lange nicht, daß die Hausaufgaben unter gleich guten Bedingungen gemacht werden können und daß die Eltern überhaupt Interesse an einer guten Schulausbildung ihrer Kinder haben. Zudem ist der Besuch einer höheren Schule in Israel aus Gründen der finanziellen Lage noch schulgeldpflichtig. Zwar erhalten minderbemittelte Familien für ihre Kinder ein Stipendium, das einer Aufhebung des Schulgeldes gleichkommt. Notwendig dafür ist jedoch ein bestimmtes Wissen bei der Aufnahmeprüfung. Da der Regierung bekannt ist, daß Leistungen in der Schule in sehr starkem Maße von den familiären Verhältnissen abhängen, ist die Höhe des für ein Stipendium notwendigen Bildungsniveaus bei Jugendlichen aus Familien von afrikanischen oder asiatischen Einwanderern geringer als bei Schülern, deren Eltern aus Europa oder Nordamerika kamen.

Denjenigen, die trotz dieser und anderer ähnlich gelagerter Hilfen nicht zu einem für technisierte Länder notwendigen Wissen kommen, kann in einer Organisation geholfen werden, der hier im Land weitaus mehr Aufgaben zufallen, als in den meisten anderen Staaten: dem Militär. Junge Soldatinnen - Mädchen müssen hier genauso wie Jungen Militärdienst leisten - werden als Lehrerinnen eingesetzt. Man kann wie in vielen anderen Armeen einen technischen Beruf erlernen, oder aber in eine Spezialeinheit, der sogenannten Nachal, gehen. Hier werden die Soldaten vorwiegend zum Aufbau und Anlegen landwirtschaftlicher Siedlungen an der Grenze eingesetzt, wobei dann besonders bei jungen Menschen aus nichtwestlichen Ländern oftmals eine für das ganze Leben entscheidende Leistung vollbracht werden kann: ihr Selbstvertrauen wird erheblich gesteigert. Nicht nur, daß der Einfluß des oftmals patriarchalisch gegliederten Elternhauses mehr und mehr schwindet, sie merken auch, daß es Aufgaben gibt, bei denen man unabhängig von früheren Familientraditionen sein Können unter Beweis stellen darf.

Wie in jedem Land gibt es auch in Israel Bildungsunterschiede zwischen der Stadt- und der Landjugend - jedoch mit umgekehrtem Vorzeichen. Der junge Staat steht vor dem Problem, wie man beispielsweise das Bildungsniveau der Jugend von Tel Aviv im Durchschnitt auf die gleiche Höhe bringen kann, wie in einem Kibbutz auf dem Land. Dort, in den auf freiwilliger sozialistischer Basis aufgebauten Siedlungen, werden zukünftige Staatsbürger von Familie und Kindergarten ab für den späteren Dienst in der Gemeinschaft erzogen. Die meisten von ihnen besuchen eine weiterführende Schule, ohne jedoch später ihren Platz in der hierarchielosen Dorfgemeinschaft zugunsten eines Lebens mit eigenem Koratseinkommen aufzugeben. Der Einfluß der auf diese Weise Erzogenen ist im politischen und geistigen Leben des Staates weitaus größer, als es der prozentuale Anteil an der Gesamtbevölkerung vermuten läßt. Nicht nur David Ben Gurion zum Beispiel, auch der jetzige Ministerpräsident Levi Eschkol ist Mitglied von einem Kibbutz, wohin er später ebenso wie viele seiner Minister wieder zurückkehren wird. Die meisten dieser Siedlungen werden von Mitgliedern der größten israelischen Partei, der sozialistischen Mapai, bewohnt.

Obwohl Israel heute ein nur 17 Jahre junger Staat ist, kann man bei seiner Jugend das für ähnlich alte Mitglieder in den Vereinten Nationen leider oft typische Gefühl nationaler Überheblichkeit nicht beobachten. Selbst ein bewundernswürdiger Aufbau und blutige Grenzwischenfälle störten nicht beim Fahren dieser Gefahr. Zu viele der Erzieher im Land haben die schrecklichsten Auswüchse chauvinistischer Wahrvorstellungen an eigenen Leib verspürt. Trotz gegenteiliger arabischer Propagandahauptungen: Eine solche geistige Einstellung wird wohl niemals in Israel Fuß fassen und damit den Frieden im Nahen Osten zusätzlich gefährden.